

Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Länder

Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften der Schwerbehindertenvertretungen aller 16 Bundesländer (AGSV Länder) trafen sich vom 19. bis 23.09.2011 in der Bildungsstätte der Bayerischen Staatsregierung in St. Quirin. Ausrichter der Tagung war die AGSV Bayern.

Die Mitglieder der AGSV Länder nutzen die Zusammenkunft seit je her zum Erfahrungsaustausch und um neue Gedanken zur Verbesserung der Einstellungs- und Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen zu diskutieren. Auf der umfangreichen Tagesordnung stand ein ausführlicher Tätigkeitsbericht des Vorstandes, den die Vorsitzende Sabine Schwarz (Berlin) gab. Zur Unterstützung des Vorstandes wurden Arbeitsausschüsse zu verschiedenen Themenschwerpunkten gebildet. Diese befassten sich u. a. mit Veränderungen im Sozialgesetzbuch neun – SGB IX, Auswirkungen von europäischen Regelungen auf das deutsche Sozial-, Arbeits- und Beamtenrecht und die Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention. Großen Raum nahmen die vorgestellten „Handlungshilfen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement - BEM“ des gleichnamigen Arbeitsausschusses ein.

Die wichtigsten Ziele der AGSV Länder sind:

- Stärkung der Rechte der Schwerbehindertenvertretung. Maßnahmen, die ohne die Zustimmung der Schwerbehindertenvertretung vom Arbeitgeber getroffen werden, müssen unwirksam sein.
- Durch den erheblichen Zuwachs an zusätzlichen Aufgaben in den letzten Jahren ist eine deutlich bessere Freistellungsregelung für die Tätigkeit der Schwerbehindertenvertretungen dringend erforderlich. Beispielhaft seien genannt: Mitwirkung beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement und behördlichen Gesundheitsschutz.

Ein Höhepunkt der Versammlung war der Empfang durch Herrn Staatsminister Georg Fahrenschon im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. „Ziel des Freistaats als Arbeitgeber und Dienstherr ist es, immer weiter eine Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen zu erreichen. Die Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretung der Länder leistet hierzu durch ihr unermüdliches Engagement einen unschätzbaren Beitrag.“ - bedankte sich Finanzminister Georg Fahrenschon.



„2010 konnten wir in Bayern mit 396 eingestellten schwerbehinderten Menschen die gesetzliche Vorgabe des Haushaltsgesetzes von 150 Einstellungen mehr als übererfüllen. Diese positive Entwicklung gilt es, weiter zu stärken und weiter zu fördern!“ - so der Finanzminister. Eine wertvolle Unterstützung hierfür leistete der neu entwickelte Flyer „Der Weg in eine selbstbestimmte Zukunft - Die Chance für Menschen mit Behinderung - Einstellung, Ausbildung und Qualifikation für Menschen mit Behinderung beim Freistaat Bayern“, der schwerbehinderte Menschen auf den Freistaat Bayern als Arbeitgeber/Dienstherr aufmerksam machen soll.

Beim anschließenden Erfahrungsaustausch hob Kurzer die besondere Bedeutung von barrierefrei zugänglichen Gebäuden und Diensträumen für alle Menschen, insbesondere jedoch für gehandicapte Personen, hervor. „Wesentlich für eine gelungene Inklusion ist ferner, dass die eingesetzte Informations- und Kommunikationstechnologie von Anfang an und vollumfänglich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzbar ist - Design für alle!“ so Kurzer.



Die Mitglieder regten ferner an, das Thema Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in die Fortbildungsveranstaltungen für Führungskräfte, insbesondere mit Personalführung, aufzunehmen. Neben der Vermittlung von rechtlichen Rahmenbedingungen sollte das Augenmerk auf die verschiedenen Behinderungen und deren Auswirkung auf den Arbeitsplatz thematisiert werden. Module der Selbsterfahrung können zusätzlich das Verständnis und Bewusstsein für behinderte Menschen schärfen.

Peter Rötzer, Referatsleiter im Finanzministerium gab einen Überblick über die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Freistaates Bayern für das Jahr 2010. Der Freistaat Bayern erfüllt mit 5,64 % erneut die gesetzlich verankerte Beschäftigungsquote von 5 %. Positiv ist ferner zu vermerken, dass das Auftragsvolumen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen wieder deutlich erhöht werden konnte. Schwierig ist es nach wie vor, schwerbehinderte Menschen für eine Ausbildung beim Freistaat Bayern zu gewinnen. Rötzer skizzierte anschließend die Eckpunkte des Neuen Dienstrechtes in Bayern.

Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung stellte den Entwurf der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vor. Sie formulierte darüber hinaus auch ihre weitergehenden Wünsche. „Wer nicht ausgrenzt, braucht später auch nicht zu integrieren! Inklusion bedeutet, dass es normal ist, verschieden zu sein.“ - so Badura.



Die Schwerbehindertenvertretung arbeitet oft als Mittler zwischen den Interessen der schwerbehinderten Menschen und des Arbeitgebers. Hier einen gerechten Interessenausgleich mit den Betroffenen zu finden, bildet einen Schwerpunkt der Tätigkeit der Schwerbehindertenvertretung. Carola Fahr vom Integrationsamt erläuterte die Chancen und Möglichkeiten durch Mediation.

Turnusgemäß standen auch wieder Wahlen zum Vorstand der AGSV Länder an. Als Vorsitzende wurde Sabine Schwarz (Berlin) in ihrem Amt bestätigt. In den Vorstand wurden nach Stimmen gewählt: Wolfgang Kurzer (Bayern), Jens-Dieter Müller (Brandenburg), Klaus W. Becker (Hamburg), Ingeborg Jänsch (Sachsen-Anhalt) und Uwe-Carsten Wolf (Bremen).

Nach einer arbeitsreichen und informativen Woche schloss die Vorsitzende am Freitag die gelungene Jahresversammlung.